

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Erich Dunder)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Königshof, Nr. 4720.

Nr. 75.

Berlin, Mittwoch, 18. September 1912.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Internationaler Arbeiterkongress. — Die Notwendigkeit der inneren Kolonisation. — Sozialpolitische Fortschritte in Griechenland. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkschaftsteil. — Verbandssteil. — Literatur. — Anzeigen.

## Internationaler Arbeiterkongress.

Alle zwei Jahre treten in der Schweiz die Delegierten der europäischen Staaten und der Vereinigten Staaten von Amerika, sowie die Delegierten der Gesellschaften für soziale Reform aus den verschiedenen Ländern zusammen, um Umrisse zu halten über die Entwicklung des Arbeiterschutzes, neue Anregungen zu geben und zu den reif gewordenen Fragen bestimmte Forderungen aufzustellen. Die Vertreter der Regierungen betätigen sich beratend, ein Stimmrecht üben sie nicht aus. Diesmal fand die Internationale Konferenz in Zürich statt. Die Straßen und Plätze trugen noch den Schmuck der Kaiserkrone, als die Konferenz in dem von der Stadt für die Arbeiterberufsvereine erbauten Volkshaus am Helvetiaplatz zusammentrat. Mit Ausnahme von Bulgarien und Serbien waren alle europäischen Staaten vertreten. Von den Deutschen Gewerksvereinen waren als Delegierte und Sachverständige die Kollegen Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt und Schriftführer Gustav Hartmann (Maschinenbauer) erschienen. Im ganzen nahmen 24 Delegierte, darunter 45 Regierungsvertreter, an der Tagung teil.

Die wackeren Schweizer Scherer und Rachenal leiteten die Verhandlungen. Die erste Plenarsitzung dauerte auch diesmal nur wenige Stunden. Die Hauptarbeit liegt in den Kommissionen, die sich sofort konstituieren und dann gleich mit ihrer schwierigen Arbeit beginnen. Ehe es gelang, für ein Protokoll alle Nationen in Uebereinstimmung zu bringen und den Text so zu gestalten, daß er in deutsch, französisch und englisch daselbe besagt, gibt es lebhaftes und manchmal auch recht hitzige Debatten und nicht wenig Kopfzerbrechen.

In diesem Jahre war es der Arbeit gar zu viel geworden, so daß es namentlich in den letzten Plenarverhandlungen etwas stark in Galopp ging. So mußte unser Verbandsvorsitzender, der einer der Referenten für die V. Kommission war, in letzter Stunde, um Zeit zu sparen, die Referate der anderen beiden deutschen Referenten (Dr. Feigenwinter und Tischendorf) mit übernehmen. Auch die drei französischen und die drei englischen Referenten mußten sich in gleicher Weise auf je einen Sprecher einigen.

Es war daher einmütiger Wille des Kongresses, die Tagesordnung für die nächste Versammlung 1914 in Bern erheblich einzuschränken. Damit sie ohne Ueberlastung zu Ende beraten werden kann. Das ist die Internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz und ihrem Anliegen schuldig, und das machen die Gegenstände der Beratung auch ernstlich nötig. Noch ist allerdings kein Schaden angerichtet, da die Kommissionen sachverständig zusammengeteilt sind und ihre Mitglieder, welcher Nation sie auch angehören, gewissenhaft zu arbeiten pflegen.

Die erste Kommission arbeitete unter dem Vorsitz unseres Freundes Dr. Reich. v. Berlepsch. Diese Kommission verhandelt über die eigenen Angelegenheiten der Internationalen Vereinigung, ihres Arbeitsamts und ihres Bureaus (beides in Basel). In weiterer Verfolgung der Beschlüsse der Kongresse treten leider noch erst in zu langen Fristen die Staaten zu internationalen Ver-

handlungen zusammen. Die bisher erste und letzte Staatenkonferenz fand 1906 in Bern statt. Jetzt endlich soll eine neue Staatenkonferenz in Bädle stattfinden. Es hat bis jetzt gedauert, ob man mehr fast alle Staaten der Erde den Berner Beschlüssen von 1906 beigetreten sind. Die erste Kommission ließ durch das Vizepräsidenten der Staaten dafür danken. Von besonderer Wichtigkeit ist der Beschluß bezüglich des Arbeitsrechts. Die Landesgesetze werden erücht, die Frage zu prüfen, ob und wie weit sie geeignet sind, eine Darstellung des bestehenden Arbeitsrechts, d. h. der Summe der Rechtsnormen und Verkehrsregeln, die die individuellen und kollektiven Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer innerhalb und außerhalb des Betriebes regeln, für ihre Länder zu geben und dem Arbeitsamt ihre Entschlüsse mitzuteilen.

Die zweite Kommission stand unter der Führung des Holländer Professors Dr. de Boors. Delft. Ihre Aufgaben bestanden sich mit den gewerblichen Giften, um das Verbot ihrer Verwendung herbeizuführen oder, wo das nicht geht, den Gefahren in geeigneter Weise entgegenzuwirken. Es handelt sich dabei um die Bleifrage, ferner um den Verkehr mit Ferroflitzium, um die Wurmkrankheit, um die Gefahren beim Bergbau, bei den Tunnelbauten und in den Steinbrüchen und schließlich um die Bekämpfung der Ursachen des Milzbrandes und die Gefahren der Quecksilbervergiftung; zuletzt noch um die Caiffonarbeiter und um die Taucher. Es soll eine Internationale Statistik über die Krankheiten- und Todesursachen der Arbeiter angestrebt werden.

Die dritte Kommission arbeitete die Vorschläge für eine Besserung der Verhältnisse in der Heimarbeit vor. Hier werden geistliche Mindestlöhne verlangt, zur Durchführung und Kontrolle Lohnämter. Ein Antrag Professor Brentanos-Windens zeitigte noch eine Resolution, in welcher die Rückgabe der Beiträge aus Penfions- und anderen Betriebs-Unterstützungskassen verlangt wird, wenn der Arbeiter oder Angestellte aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet, bevor der Unterhaltungsfall eintritt. Eine dritte Resolution wendet sich gegen das Trucksystem und sodann gegen die Lohnabzüge, für die der Arbeiter eine Schuld nicht zu verantworten hat.

Die vierte Kommission, in welcher unser Kollege Hartmann mitwirkte und Erzellenz, v. Lagerheim-Berlin den Vorsitz führte, behandelte die Arbeitszeit in den ununterbrochenen Betrieben. Hier hatte eine in London tätig gewesene internationale Spezialkommission gut vorgearbeitet. Erklärt wurde, daß die Zeit gekommen sei, in der für die Arbeiter an den Hochöfen und in den Eisenhütten, Stahl- und Walzwerken die achtstündige Schicht (drei verschiedene achtstündige Schichten in 24 Stunden) eingeführt werden könne. Für die Glasindustrie sei international eine Vereinbarung möglich, die eine 6stündige Wochenarbeitszeit als Maximum vorschreibe. Es sollen Studien gemacht werden, in welchen anderen Industrien die Möglichkeit besteht, in Bädle zur achtstündigen Schicht zu kommen. Bezüglich der Einführung eines hygienischen Arbeitstages in gesundheitschädlichen Betrieben sollen Studien gemacht werden. Bis zur Berner Versammlung 1914 soll der Entwurf zu einer Konvention von einer Spezialkommission hergestellt werden, die über den gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung und die Dauer der täglichen Arbeits-

zeit Auskunft gibt und über die Unfall- und Erkrankungsanfälligkeit und Sterblichkeit in den als gefährlich und gesundheitschädlich erkannten Betrieben, ferner Vorschläge über Beschäftigungsverbote von Kindern, Jugendlichen und Frauen, und Einschränkungen ihrer Arbeitszeit, sowie jener der erwachsenen Männer enthalten soll.

Ein besonderer Beschluß dieser Kommission betrifft den Arbeiterschutz der Eisenbahner. Eine aus sieben Delegierten bestehende Spezialkommission soll die Vorschläge über die in dem Beschluß aufgeworfenen Fragen bis 1914 vornehmen. Die Erhebungen über die Arbeiterurlaube sollen fortgesetzt werden. Für den Sonnabend (Samstag) Mittag soll nach englischem Muster, das in Deutschland und anderen Ländern schon vielfach Nachahmung gefunden hat, der Arbeitsschluß allgemein angestrebt werden.

Zu der fünften Kommission bewies der Italiener Prof. Corjii-Turin sein feines Geschick, schwierige internationale Beratungen zu leiten. Die Forderungen dieser Kommission betrafen die mögliche Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Die Kommission stellte den Grundgedanken auf, daß die internationale Freizügigkeit der Arbeiter gewahrt werden müsse auch dadurch, daß der heimische Arbeiter im fremden Lande in der sozialen Versicherungsangelegenheit mit den dort heimischen Arbeitern gleichgestellt werde. Ferner wurde beschlossen, daß die Spezialkommission betreffend den Schutz der Kinderarbeit der nächsten Versammlung Vorschläge für eine Erweiterung des Schutzes machen soll. Der letzte Gegenstand der Beratung war die Frage der Durchführung der internationalen Arbeiterschutzverträge. Ueber den gegenwärtigen Stand der Frage lag eine ununterrichtete Schrift vor. Es wurde eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, insbesondere bezüglich der Fabrikinspektoren und der Herstellung ihrer Berichte, die eine weitere Fortgang in der zuverlässigen Durchführung des internationalen Arbeiterschutzes sichern.

## Die Notwendigkeit der inneren Kolonisation.

Die außerordentliche Teuerung der meisten Lebensmittel, die nun schon seit verschiedenen Jahren beobachtet wird und auch in der nächsten Zeit kaum geringer werden dürfte, sollte wieder einmal die Aufmerksamkeit auf einen Gegenstand lenken, der schon seit langer Zeit erörtert wird, der aber immer noch nicht recht vorwärts kommen will, auf die innere Kolonisation, auf die Tatsache, daß wir in Deutschland noch weite Landstrecken haben, auf denen heute nichts oder so gut wie gar nichts wächst, wogegen diese Landstrecken nach dem heutigen Stand der Technik und der Wissenschaft zu fruchtbaren Gebieten umgewandelt werden könnten. Auf den Feldländern Deutschlands, den Heide- und Moorländern, liegen sich noch viele zehntausende Landwirte ansiedeln. Dadurch würde nicht nur die Produktion landwirtschaftlicher Produkte nicht unwesentlich vermehrt werden, durch diese Ansiedler müßte auch eine Kräftigung des inneren Marktes eintreten.

In gesamten Reich haben wir gegen 82 Mill. Hektar landwirtschaftlich benutzte Flächen (Ackerland, Weiden, Kuckäcker und Weinberge), das Feldland aber, das innerhalb des Deutschen Reiches noch urbar gemacht werden kann, wird auf rund 3,5 Millionen Hektar eingeschätzt. Von diesen Heide- und Moorländern wären nach dem Urteil von Sachverständigen ungefähr 1,5 Millionen

Sektar zur landwirtschaftlichen Bebauung geeignet, wogegen ungefähr 2 Millionen Sektar für die Anlage von Wäldern zu erschließen wären. Angenommen, es seien nur rund 1,5 Millionen Sektar der Debländereien für die landwirtschaftliche Bebauung geeignet, so würde die Kultivierung dieser Gebiete immerhin eine Erweiterung der landwirtschaftlich benutzten Fläche um ungefähr fünf Proz. ausmachen. Würden diese Flächen nach der Kultivierung zur Einrichtung von kleineren und mittleren Bauernstellen eingerichtet, so würde die Vermehrung des Kulturlandes noch bedeutend mehr ins Gewicht fallen, da auf den Bauerngütern im Durchschnitt pro Sektar wesentlich mehr geerntet wird, als auf den großen Gütern mit ihrer extensiven Wirtschaftsweise. Bei einer vollständigen Kultivierung der Debländereien in Deutschland könnte wohl mindestens eine Million Landbevölkerung ein Unterkommen finden.

Von besonderer Wichtigkeit könnte die Ansiedlung von Bauern auf diesen heute brachliegenden Landstrecken für die Viehzucht werden. Es ist ja allgemein bekannt, daß sich der bäuerliche Klein- und Mittelbetrieb viel mehr zur Viehzucht eignet als der Großbetrieb, namentlich die Aufzucht des Viehs geschieht auf den Bauernhöfen viel rationeller als auf den Rittergütern.

Eine Vermehrung des Bauernlandes müßte also die Fleischproduktion, gegenwärtig die wichtigste Frage des deutschen Wirtschaftslebens, ganz bedeutend vermehren. Auch bei einer weiteren Erhöhung der Zahl der deutschen Bevölkerung könnte so viel Vieh herangezogen werden, daß die Fleischnot ihre Schreden verliert. Prozentual viel höher wäre die Zunahme des Waldes bei der Aufforstung der 2 Millionen Sektar Debländereien.

Diese Ziffern sind schon für das ganze Reich von hoher Wichtigkeit, für die einzelnen Gegenden, wo die Debländereien liegen, müßte natürlich die Kultivierung zu weiten Flächen von noch größerer Bedeutung werden. Gegenden, in denen jetzt das wirtschaftliche Leben stagniert, würden mit einem Male wirtschaftlich aufblühen. Im Kreis Geseke münde ist z. B. mehr als der dritte Teil der Fläche Debland, das anbaufähig zu machen ist, und ebenso finden wir auch noch in anderen preussischen Kreisen, in Bayern und in Oldenburg weite Strecken Debländereien, die entweder der Landwirtschaft oder der Forstwirtschaft erschlossen werden könnten. Hier in großartiger Weise vorzugehen, diese Debländereien aufzuschließen, ist eine Aufgabe, die immer mehr eine Notwendigkeit wird. Diese Reform wird zwar große Summen kosten, sie wird sich aber auch sicher bezahlt machen.

Von noch größerer Bedeutung ist die Frage, ob der Staat nicht auch in Gebieten, wo der Großgrundbesitz vorherrscht, eine Bauernkolonisation im großen Sinne betreiben soll. So wie heute die Verhältnisse in den Bezirken, wo der Großgrundbesitz vorherrschend ist, liegen, ist an eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu denken. Das platte Land entvölkert sich mehr und mehr, die kräftigsten Leute ziehen fort und zurück bleiben die schwachen nur Greise und Alte, die wegen mangelnder Latkraft anderwärts kein Arbeitsunterkommen finden. Nirgends finden wir in der Landbevölkerung so viele Schwachsinnige und Leute mit geistigen und körperlichen Fehlern wie in den Bezirken des Großgrundbesitzes, weil es hauptsächlich diese Leute sind, auf die sich die Abwanderung nicht erstreckt. Dagegen wächst mit jedem Jahre die Zahl der fremdsprachigen, auf einer sehr tiefen Kulturstufe stehenden landwirtschaftlichen Arbeiter bedeutend an. So gibt es schon jetzt große Güter, auf denen unter den Arbeitern während der Ernte kaum noch ein Wort deutsch gesprochen wird. Deshalb wird die Frage des Großgrundbesitzes im Osten Deutschlands zu einer Angelegenheit, die die allerernste Aufmerksamkeit verdient. Wie ernst diese Frage ist, kann man ersehen, wenn man sich die Frage vorlegt, was geschehen soll, wenn einmal, was durchaus nicht unwahrscheinlich ist, der Zugang von fremden Arbeitern nachläßt. Dann würde ein großer Teil der deutschen Ernte verfaulen müssen. Auch im Osten Kolonisation zu treiben, einen Teil des Grundbesitzes in kleine Bauernstellen umzuwandeln, ist deshalb gleichfalls eine Aufgabe, die von Tag zu Tag dringender wird. Das alte Kom ist am Großgrundbesitz zugrunde gegangen — auch in Deutschland können die Besitzverhältnisse in den Gegenden des Großgrundbesitzes, wenn keine Aenderung eintritt, noch großen Schaden bringen.

A. M.

### Sozialpolitische Fortschritte in Griechenland.

Griechenland gehört zu den Staaten, die sich lange Zeit gegen jede soziale Reform geistert haben. Erfreulicherweise ist in den letzten Jahren ein Wandel eingetreten, der sicherlich nicht zum kleinsten Teile dem Einfluß der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterchutz zuzuschreiben ist. Unverkennbar sind die Fortschritte, die Griechenland gemacht hat, unverkennbar auch das Streben, den übrigen europäischen Kulturstaaten auf sozialpolitischem Gebiete nachzukommen.

Das zeigt eine Zusammenstellung im Juliheft des Bulletins des Internationalen Arbeitsamts. Wir erleben daraus: daß im Jahre 1909 ein Gesetz erlassen wurde zur Regelung der Sonn- und Feiertagsruhe, das für eine ganze Reihe von Betrieben die völlige Sonntagsruhe eingeführt hat. Schon im Jahre 1910 erhielt dieses Gesetz eine schärfere Fassung und genauere Vorschriften für Wädereibetriebe, Nahrungsmittel- und Genussmittelgeschäfte u. dergl. m. Ende 1911 wurde dann ferner eine Abteilung für Arbeit und soziale Fürsorge im Ministerium der Nationalen Wirtschaft errichtet. Ihre Aufgabe soll es sein, die Arbeitsbedingungen Griechenlands und des Auslandes zu studieren, Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrage zu verhüten oder bei solchen zu vermitteln, Gesekeintwürfe zur Verbesserung der wirtschaftlichen und gesundheitslichen Lage der Arbeiter vorzubereiten, die Durchführung der Arbeitsgesetze zu überwachen sowie die Arbeiterorganisationen, die Genossenschaften und die Unterstützungskassen zu kontrollieren. Dielem Arbeitsamte ist ein oberer Arbeitsbeirat beigegeben, in dem Beamte, Parlamentarier, Gelehrte und je 7 Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter sitzen. Dieser oberste Arbeitsbeirat tritt zweimal im Jahre zu längeren Sessionen zusammen, deren jede nicht weniger als 3 und nicht mehr als 10 Tage dauern darf. Außerdem können vom Minister außerordentliche Sitzungen einberufen werden. Von der Abteilung für Arbeit und soziale Fürsorge wird ein Arbeitsbulletin herausgegeben, in welchem Mitteilungen über die Tätigkeit der Abteilung und verwandte Studien veröffentlicht werden.

Aus derselben Zeit stammt ein Gesetz über die Hygiene und Sicherheit der Arbeiter und die Arbeitszeit. Dadurch werden die Unternehmer verpflichtet, ihre Betriebe sowie die darin enthaltenen Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur der Unternehmung gestattet. Es sind verhältnismäßig hohe Strafen für Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes festgesetzt. Die Regelung der Lohnzahlung der Arbeiter, Angestellten und Dienstknoten und die Streitigkeiten, die sich aus der Lohnzahlung ergeben, sind Gegenstand zweier Gesetze, die Anfang d. J. erlassen wurden. Vom Februar d. J. datiert ferner ein Gesetz, das den Dienst der Eisenbahn- und Straßenbahnangehörigen regelt und den Unternehmern vorschreibt, die von ihnen getroffenen Dienstvorschriften der Aufsichtsbehörde einzureichen. Aus derselben Zeit stammt ein sehr wichtiges Gesetz, das Vorschriften enthält über die Arbeit der Frauen und Kinder unter 12 Jahren. Kinder unter 12 Jahren dürfen danach nicht als Arbeiter oder Lehrlinge beschäftigt werden in Fabriken, Bräuden, Bergwerken, mit Bauarbeiten, im Transportwesen, in Gastwirtschaften und ähnlichen Betrieben. Das Verbot gilt nicht, wenn es sich um die Beschäftigung von Kindern über 10 Jahre handelt, die von ihren eigenen Eltern oder Vormündern beschäftigt werden. Die Dauer der Kinderarbeit darf aber drei Stunden täglich nicht überschreiten. Nach einer Frist von 5 Jahren wird das Zulassungsalter der Kinder auf 14 Jahre erhöht. Für die Jugendlichen und Frauen sind Bestimmungen geschaffen, die den in Deutschland geltenden Vorschriften sehr ähnlich sind. In Griechenland geht man sogar noch etwas weiter, indem man das Schulalter für Jugendliche nicht wie bei uns auf 16, sondern auf 18 Jahre festgesetzt hat. Somit aber gleichen die Bestimmungen über den Feiertagsruhe, das Verbot der Nachtarbeit, die Regelung der Wäderei, die Sonntagsruhe, den freien Sonnabend-Nachmittag, Ausnahmsbestimmungen bei Saisonindustrien und Industrien mit leicht verderblichen Stoffen, Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause, fast ganz den deutschen Vorschriften. Der Schutz der Wädereienerinnen erstreckt sich über 8 Wochen. Während dieser Zeit gilt die Arbeiterin als beurlaubt und darf nicht entlassen werden.

Bemerkenswert ist, daß Jugendliche in solchen Betrieben, wo Zwölfsjährige nicht beschäftigt werden dürfen, nur dann tätig sein dürfen, wenn sie eine ärztliche Beglaubigung beibringen, daß sie geimpft, gesund und zur Ausübung der bezüglichen Arbeit ohne Schädigung ihrer Gesundheit oder förderlichen Entwicklung befähigt sind. Die Aufsicht über die Durchführung der Schutzvorschriften für Arbeiterinnen und Jugendliche ist den Polizeibehörden sowie den Arbeitsinspektoren übertragen.

Alle diese sozialpolitischen Gesetze sind in den letzten drei Jahren erlassen worden. Bis dahin war von einem Arbeiterchutz in Griechenland so gut wie gar keine Rede. Deshalb muß man zugeben, daß die Fortschritte sehr bedeutend sind, wenn auch natürlich noch sehr viel nachgeholt werden muß. Indessen der Stein ist im Rollen, und der gute Wille, etwas zu tun, zweifellos vorhanden. Deshalb darf angenommen werden, daß in den nächsten Jahren die griechische Regierung auf dem einmal eingeschlagenen Wege rüstig vorwärts schreitet.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 17. September 1912.

„Die gegenwärtige Teuerung“ lautet das Thema, das in einer von der Sozialen Kommission der Deutschen Gewerkschaften Groß-Berlin zu Mittwoch, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr nach dem Verbandsbause, Greifswalderstraße 22/23 geplanten großen öffentlichen Versammlung erörtert werden wird. Referent ist der Hauptvorsteher des Gewerkschaftsbundes der Holzarbeiter, Kollege M. Schumacher. Es gilt Stellung zu nehmen zu den Teuerungserhältnissen und Protest zu erheben gegen die Untätigkeit der Behörden. Deshalb darf wohl erwartet werden, daß die Gewerkschaftskollegen mit ihren Frauen zahlreich zu dieser Versammlung erscheinen, damit die Kundgebung auch nach außenhin ihren Eindruck nicht verfehlt. Alle ändern für diesen Abend in Aussicht genommenen Veranstaltungen müssen unterbleiben, damit ein Massenbesuch für die Versammlung erzielt werden kann.

Reichstag und Teuerung. Während von vielen Seiten die sofortige Einberufung des Reichstages als dringend notwendig gefordert wird, damit schleunigst Maßnahmen zur Linderung der Preisnot beraten werden können, wird von einer parlamentarischen Korrespondenz die Meinung verbreitet, daß der Reichstag statt am 26. November, wie ursprünglich beabsichtigt war, erst am 3. Dezember einberufen werden soll. Als Grund wird angegeben, daß die Regierung die Gesetzesvorlagen, die sie dem Reichstage gleich nach seinem Zusammentritt unterbreiten will, nicht früher zum Abschluß bringen könne.

Im Vorstände des Reichstages ist von einer solchen Absicht der Regierung glücklicherweise nichts bekannt, so daß es sich vielleicht nur um eine Ente handelt. Es wäre aber auch ein starkes Stück, geradezu ein Faustschlag ins Gesicht des Volkes, wenn man, anstatt den Reichstag so bald wie möglich einzuberufen, damit noch länger warten wollte, als ursprünglich in Aussicht genommen war. Wenn die Regierung mit ihren Vorlagen noch nicht fertig ist, so gibt es andere Beratungsgegenstände genug, und gerade die Preissteigerung ist eine so dringliche Angelegenheit, daß sie das Reichsparlament sicherlich mehrere Tage beschäftigen wird. Deswegen kann es eine Regierung mit ihrem Gewissen gar nicht vereinbaren, den Termin zur Einberufung des Reichstages noch weiter hinauszuschieben. Wir sind der Meinung, daß umgekehrt der Reichstag sofort zusammentreten müßte, um mit der Reichsregierung gemeinschaftlich Abhilfemaßregeln zu treffen.

Wahlen zum Oberversicherungsamt. Aus Danzig geht uns die Mitteilung zu, daß unsere Verbandskollegen Piermann-Danzig und Zimmermann-Ebing in die Beschlussschammer des Oberversicherungsamtes Danzig gewählt worden sind, ersterer als Vorgesetzter, der zweite als 1. Stellvertreter. Hoffentlich gelingt es auch an anderen Orten, Gewerkschaftskollegen in die sozialen Versicherungsorgane hineinzubringen!

Erhebungen zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes. Während der größte Teil dieses Gesetzes bereits am 1. April d. J. in Kraft getreten ist, soll der Zeitpunkt des Inkrafttretens derjenigen Bestimmungen, die sich auf die Verpflichtung zur Auslage von Lohnverzeichnissen

De Da dri fier

oder zum Aushängen von Volutafeln bezieht, erst durch den Bundesrat festgesetzt werden. Lieber die Durchführung dieser Bestimmungen sowie etwaiger Ausnahmegewährungen für bestimmte Industriezweige finden zurzeit Erhebungen innerhalb der beteiligten Behörden statt. So haben sich zwei Reiterenten der sozialpolitischen Abteilung im Reichsamt des Innern, die Geheimen Regierungsräte Dr. Veßmann und Siefert, in das Gebiet der thüringischen Sausarbeit gegeben, um sich über die Verhältnisse der Warenindustrie in Apolda und der Glasinstrumentenindustrie in Ilmenau zu unterrichten. Zur völligen Klarstellung aller in Frage kommenden Einzelheiten wurde mit Fabrikbesitzern, Meistern und Sausarbeitern verhandelt. Es wurden Fabriken wie auch Werkstätten in den Säufereien der Arbeiter besucht. Auch den Vertretern der organisierten Arbeiterchaft war Gelegenheit gegeben, die Wünsche der Organisationen vorzutragen. Die Vertreter der Reichsregierung waren bei diesen Verhandlungen bemüht, sowohl die Meinungen der Beteiligten zu hören, wie auch über die Absichten des Gebietes und die Maßnahmen zu seiner Durchführung aufklärend zu wirken. Auch die Frage der Sachauschüsse, die der Bundesrat für bestimmte Gewerbegebiete der Sausarbeit einrichten kann, wurde mit Bezug auf die örtlichen Verhältnisse mit Arbeitgebern, Zwischenmeistern und Arbeitnehmern besprochen. Da nach dem Sausarbeitsgesetz der Bundesrat bestimmte Anforderungen an die Werkstätten der Sausarbeiter stellen und die Verrichtung von Arbeiten, die mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, verbieten kann, so wurden auch in dieser Beziehung die Verhältnisse der dortigen Sausarbeit geprüft.

**Arbeiterbewegung.** Zur allgemeinen Bewegung der Metallarbeiter im Sächsischen Industriegebiet wird uns von dem Zentralkomitee der Arbeiter mitgeteilt, daß 11 Firmen mit über 600 Beschäftigten die Forderungen der Arbeiter fast restlos bewilligt haben. Nachdem die weiteren Verhandlungen ergeben hatten, daß der Arbeitgeberverband den Beschluß gefaßt hatte, bei der Verkürzung der Arbeitszeit nicht unter 57 Stunden pro Woche herabzugehen, beschloß das Zentralkomitee, den Hauptvorstoß gegen die beiden größten Betriebe, Humboldt-Walke und Gasmotorenfabrik Teus, zu richten. Nach mehreren Verhandlungen und Verhandlungen wurden den Arbeitern von beiden Betrieben Zugeständnisse bezüglich der Arbeitszeit und Überstundenzulagen gemacht. Der Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend wurde auch ein Lohnausgleich gewährt. Man darf die Zugeständnisse wohl als offizielle Zugeständnisse des Arbeitgeberverbandes betrachten, weshalb das Zentralkomitee beschlossen hat, die bei den beiden Firmen erzielten Vereinbarungen als Mindestforderungen anzufassen und mit den übrigen Mitteln für ihre Durchführung in allen Betrieben einzutreten. — Die Bewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Papierfabriken von Aichersleben nimmt ihren Fortgang. Die Lage hat sich dadurch verschärft, daß bei der größten Firma Betschorn weitere Arbeiter gekündigt haben oder entlassen worden sind. — Die Bewegung der Tachometer in Berlin scheint auf einem hohen Punkt anzuclagen zu sein; es sind keinerlei Forderungen im Stande der Bewegung zu verzeichnen. — Bei der Firma Bidadel in Waren (Mecklenburg) sind die Former und Gießerarbeiten in den Streit getreten. — Der Kampf gegen den Zwangsarbeitsnachweis im Streik gegen Schwelm kann nunmehr als beendet angesehen werden, nachdem die Arbeitgeber eine Milderung der Satzungen des Arbeitsnachweises bewilligt haben. — Ein schwerer Kampf droht in der Göppinger Textilindustrie auszubrechen. Bei einer Firma hatte eine verhältnismäßig kleine Zahl von Arbeiterinnen verschiedene Forderungen gestellt, und als diese abgelehnt wurden, die Arbeit niedergelegt. Die Folge davon war, daß die betreffende Firma an die Arbeiter die Aufforderung richtete, einen Revers zu unterschreiben, daß sie nicht im Textilarbeiterverbande organisiert seien. Das lehnten die Arbeiter ab, und jetzt will die Bezirksgruppe Göppingen des Verbandes süddeutscher Textilunternehmer die Ausgliederung aller im Textilarbeiterverbande organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen vorsehen.

**Vornehme Gegner** sind es, mit denen sich die Deutschen Gewerbevereine herumschlagen müssen. Daß eine Zeitung einmal eine falsche Nachricht bringt, weil sie schlecht unterrichtet wird, kann passieren. Dann aber ist es auch ihre Pflicht, wenn

sie den wahren Sachverhalt erfährt, ihren Lesern davon Kenntnis zu geben. Diese Verpflichtung wird von unseren Gegnern nicht nur nicht anerkannt, sondern häufig müssen wir sogar die Beobachtung machen, daß trotz unserer Nichtigstellungen die Unwahrheiten weiter verbreitet werden. Das zeigt sich so recht bei den Betrachtungen, die unsere Gegner von rechts und links an die Begründung des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellten geknüpft haben. Daß diese Gründung mit den Deutschen Gewerbevereinen nicht das geringste zu tun hat, ist von uns mehrfach betont worden. Außerdem steht fest, daß auf der Konferenz in Leipzig keineswegs nur Gewerbevereine vertreten gewesen sind. Das sollte jedem anständigen Gegner Beweis genug dafür sein, daß Gewerbeverein und Reichsverein nichts miteinander zu tun haben. Trotzdem kommt letzte Woche die „Metallarbeiter-Zeitung“ und bringt einen mehrere Spalten langen Artikel über „Eine liberale“ „Girich-Tunderische“ „Millionen-Gründung“. Das Organ des Metallarbeiter-Verbandes will offenbar den Nachweis erbringen, daß es bezüglich der schädigen Bekämpfung der Gegner den Wettbewerb mit dem Zentralorgan der katholischen Fachabteilungen aufnehmen kann. Auch dieser Artikel, der sich außerdem noch durch buntes Durcheinanderwirren von Wahrheit und Dichtung auszeichnet, verdient keine Widerlegung. Die Redensarten von der „Girich-Tunderischen“ „Gründung“, von der „Leipziger Girich-Tunderischen“, von den „100 Girich-Tunderischen in Leipzig“ usw. fallen in sich selbst zusammen, da, wie gesagt, die Gewerbevereine in keinerlei Beziehung zum Reichsverein stehen. Das Lollie ist, daß der Artikelschreiber der „Metallarbeiter-Zeitung“ das ganz genau weiß, denn er zitiert wörtlich die Rede aus dem „Gewerbeverein“, in denen unsere Stellung zum Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten gekennzeichnet wird. Alles das hindert den Mann aber nicht, beide Organisationen mit einander in einen Topf zu werfen. Dabei hält er sich offenbar für riesig klug, für einen Menschen, der die Mühen nießen hört. Denn aus der Bekanntmachung im „Gewerbeverein“, in der aufgeführt wird, Unfallsfälle und dergl. vorläufig an die Adresse des H. K. u. d. T. zu schicken, zieht er den Schluß, „daß es aus Anlaß der neuen „Millionen-Gründung“ schon irgendwie zum strach in den Gewerbevereinen gekommen ist.“ Was der Mann doch schon ist! Wenn er die Vorgänge in der Arbeiterbewegung wirklich so aufmerksam verfolgte, wie er sich den Anschein gibt, dann hätte er schon Anfang Juli im „Gewerbeverein“ lesen können, daß Erkelens keine Stelle als Verbandsekretär gekündigt hat und daß von irgend einem strach gar nicht die Rede sein kann.

Aber so ist es einmal bei untern lieben Gegnern. Da sie uns mit laichlichen Gründen nicht bekommen können, werden alle möglichen Dinge an den Haaren herbeigezogen, um die Gewerbevereine bei den Arbeitern anzuschwärzen. Für eine Organisations-Verband bei jeder Gelegenheit ihrer Macht und Stärke rühmt, will uns eine solche Kampfesweise gelinde gesagt, recht kleinlich vorkommen.

**Gegen den Deutschen Militärarbeiterverband.** Es München, wird in der letzten Zeit von den militärischen Behörden in auffallend scharfer Weise Stellung genommen. Die genannte Organisation ist auf nationaler Grundlage aufgebaut, politisch und religiös neutral und gehört zu dem Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände, an dessen Spitze der nationalliberale Reichstagsabgeordnete F. K. steht. Schon seit längerer Zeit wurde in diesem Verbande eine unreife Stellung der Behörden beobachtet, die einem Verbot zur Angehörigkeit sogar wie gleich kam. Die Folge war, daß eine Kommission unter Führung Adlers im preussischen Kriegsministerium vorstellig wurde, um Auskunft zu erbitten über die Ursache der veränderten Haltung der Behörden. Geriät wurde der idarke Ton des Organs des Militärarbeiterverbandes, worauf der Verbandsvorstand versprach, daß in Zukunft in dem Blatte jede unnötige Schärfe und Härte vermieden werden solle. Daraufhin wurde seitens der Vertreter der Behörden erklärt, daß gegen den Militärarbeiterverband nicht das geringste gechehen solle. Die Verwaltung sei überhaupt von den Arbeitern vollständig mißverstanden worden, denn das Ministerium wolle weiter nichts sagen, als daß es irgend welche Agitation innerhalb ihrer Betriebe nicht dulden kann. Es fand dann im Anschluß daran noch eine längere Aussprache statt, so daß am Ende der Konferenz die Beteiligten der Überzeugung sein mußten, daß alles zur vollsten Zufriedenheit erledigt sei.

Um so größeres Verwundern erweckte es, daß nachher doch in fast allen Militärbetrieben den Ar-

beitern der Beitritt und die Betätigung für den Militärarbeiterverband unterlag wurde. In ein sozialdemokratisches Blatt war sogar in der Lage, einen geheimen Erlaß des sächsischen Kriegsministeriums vom 29. August bekannt zu geben, in dem trotz der vorhergegangenen Konferenz die Militärarbeiter vor einer Betätigung im Militärarbeiterverbande eindringlich gewarnt werden und gesagt wird, daß Arbeiter, die durch Wort, Schrift oder Tat den Verband unterstützen, „sich die Folgen selbst anzuschreiben haben“.

Abgesehen davon, daß wir das Vorgehen der Militärbehörde entschieden mißbilligen müssen, ist es uns unverständlich, wie ein solcher Erlaß nach jener Unterredung noch ergehen konnte. Da muß man ja alles Vertrauen zu den Behörden verlieren, wenn nicht einmal das einem Reichstagsabgeordneten gegebene Versprechen gehalten wird. Im Reichstage muß die Angelegenheit zur Sprache gebracht werden; dann wird man ja Aufklärung über dieses eigenartige und widerspruchsvolle Verhalten bekommen. Nebigens wird die unfreundliche Haltung gegen den Militärarbeiterverband auf christliche Luertreibereien zurückgeführt. Gang von der Hand weisen läßt sich dieser Verdacht nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, wie feinerseit die Christlichen gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband in Bayern intriquiert haben, um für sich selbst die Wege zu ebnen.

**Zur Umgehung des Stellenvermittlergesetzes** werden alle möglichen Kniffe angewandt. Erkreuzweise jedoch sind die Gerichte erichtlich bemüht, den gerichtlichen Vorschriften Geltung zu verschaffen. Ein Stellervermittler, zu dessen Zwecken die Stellenvermittlung in erster Linie gehört, ließ diese durch ein Mitglied ausführen, dessen Ehefrau eine Gastwirtschaft betrieb. Das Vermittlungsbureau befand sich in einem besonderen Raume der Gastwirtschaft. Die Vermittlung erfolgte unentgeltlich. Da die Nachfrage nach Stellern über die Zahl der Mitglieder mandual hinausging, so wurden zweifelhafte Ansetzungen erlassen, daß Stellenermittler verlangt werden. Die vereinstrengenden Stellenermittler, für welche die Vermittlung ebenfalls unentgeltlich war, hielten sich, wenn sie auf Vermittlung warteten, teils im Bureau, teils in dem Gastzimmer auf und verkehrten dort Zweien und Getränke. In diesem Verfahren wurde ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Stellenvermittlergesetzes erldit, und das Landgericht zururteilte auch den Stellenermittler, weil er gewerbenmäßig die Stellenvermittlung betrieben habe, ohne die dafür vorgeschriebene Erlaubnis zu besitzen. Auf demselben Standpunkt stellte sich das Kammergericht, das die vom Angeklagten eingelegte Revision aus folgenden Erwägungen verwarf:

Da der Verein keine Rechtsfähigkeit besitzt, kann sein Vorstand nicht verantwortlich gemacht werden, vielmehr ist jeder für den Verein tätige Mitglied verantwortlich. Daraus ergibt sich die Verantwortlichkeit des Angeklagten im Hinblick auf die Stellenvermittlung, da er sie ausgeführt hat. Es fragt sich nur, ob er sie gewerbenmäßig ausgeübt habe. In diesem Falle hätte er die Erlaubnis haben müssen. Es ist anzunehmen, daß er die Stellenvermittlung auf eigene Rechnung und Verantwortung, wenn auch gleichzeitig mit auf Verantwortung und Rechnung der anderen Vereinsmitglieder betrieben hat. Ferner ist anzunehmen, daß er es gewerbenmäßig getan, daß er es also getan hat, um dauernd einen Gewinn daraus zu erzielen. Und zwar insofern, als er in der gedachten Weise das Einkommen seiner Frau aus der Gastwirtschaft dauernd steigern wollte. Es ist gleichgültig, ob die Gastwirtschaft seiner Frau oder ihm gehörte, der Zusammenhang zwischen beiden als Eheleuten bringt es mit sich, daß auch ihm zugute kommt, was die Frau mehr gewinnt. Da er die Erlaubnis zur gewerbenmäßigen Stellenvermittlung nicht hatte, so habe er sich strafbar gemacht.

**Gewerbevereins-Zeil.**

**Dresden.** Unser Ortsverband Beschäftigte sich in einer am 12. September abgehaltenen außerordentlichen Vorstandssitzung mit der herrschenden Lebensmittellieferung. In eingehender Aussprache wurde gegen die Ursachen der Teuerung gegen die verkehrte Wirtschaftspolitik scharfer Protest erhoben und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 12. September 1912 tagende außerordentliche Vorstandssitzung des Ortsverbandes Dresden der Deutschen Gewerbevereine (S.-D.) erblickt in den stetig steigenden, schon jetzt überaus hohen Preisen aller Lebensmittel eine schwere Gefahr für die arbeitende Bevölkerung und damit, weil diese drei Viertel der Bevölkerung Deutschlands darstellt, für die gesamte Nation. Diese folgenschweren Zustände sind nur heuchelschmorn durch eine seit langem betriebene volksfeindliche Wirtschaftspolitik, welche allein den Wünschen der Großagrarier und Großkapitalisten Rechnung trägt. Aus dieser Agrarpolitik sieben diese denn auch

den alleinigen Nutzen, während die breiten Volksmassen, in erster Linie die breiten Massen der Lohnarbeiter und Angestellten, schwer darunter zu leiden haben.

Im Interesse der weitesten Kreise der Bevölkerung, nicht zuletzt im Interesse der ganzen Nation liegt es deshalb, unversäglich mit dieser vollaufschätzenden Wirtschaftspolitik zu brechen. Der Ortsverband Dresden fordert deshalb von der Regierung und von der Gemeinde:

1. Erleichterung der Einfuhr von gefrorenem und gekühltem Fleisch.
2. Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh, soweit es wegen Seuchengefahr möglich ist.
3. Aufhebung der Getreide- und Futtermittelzölle.
4. Beseitigung des Systems der Einfuhrzölle.
5. Bezug und Organisation des Verkaufs von Getreide und von Fleisch durch die Gemeinden.
6. Die sofortige Einberufung des Reichstages.

Es wurde beschlossen, diese Resolution als Eingabe an die zuständigen Stellen in Reich, Staat und Gemeinde zu richten.

Anmerkung der Redaktion: Die Protestbewegung gegen die Fleischsteuerung gewinnt überall an Ausdehnung. In zahlreichen Versammlungen sind Resolutionen angenommen, die sich zwar nicht dem Wortlaut, aber doch dem Inhalt nach bedecken. Wir müssen deshalb die Veröffentlichung aller Einfindungen verjagen und uns darauf beschränken, die Orte aufzuführen, in denen solche Kundgebungen von Gewerbetreibenden erfolgt sind. So hat der Generalrat unseres Gewerbetreibenden der Fabrik- und Handarbeiter in Burg eine Protestresolution an den Reichstanzler geschickt. Ferner haben Stellung genommen die Ortsverbände Breslau, Danzig, Greifswald und Magdeburg.

### Verbands-Teil

#### Versammlungen.

**Berlin.** Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (D. G. V.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 18. September, abends 8 1/2 Uhr Disfunktions. Gäste herzlich willkommen. — Gewerbetreibenden-Liebesfest (D. G. V.). Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr Liebesfeste im Verbandshaus d. Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste willk. — Sonnabend, 21. Sept. Maschinenbau- u. Metallarbeiter L. Abends 8 1/2 Uhr bei, mit Damen bei Gutheil, Bergstr. 69. Vortrag des Kollegen Erlens: „Meine Englandreise“, mit Lichtbildern. Nachm. 5 Ubr. — Maschinenbau- und Metallarbeiter II. Abends

8 1/2 Uhr Fruchtstraße 86 a. 1. Mitteilungen. 2. Vortrag des Kollegen Mühlner: „Die Entstehung und Blüthe der Gewerbetreibenden“. 3. Bezirksangelegenheiten. — Maschinenbau- und Metallarbeiter III. 85-jähriges Stiftungsfest. Noabli. Wintergarten, Berlebergstr. 26. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter V. Abends 8 1/2 Uhr bei Schumacher, Stallstr. 126. Vortrag des Herrn Dr. Rämfer: „Spirituismus, Wissenschaft und Kirche“. Familienabend mit Tanz. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen Gertrudstraße 81. Mitteilungen. Vortrag. Vereinsangelegenheiten. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung bei Frau Buttjufferstr. 51. Vortrag des Kollegen Inghofen-Düffelhof: „Die letzten Bewegungen in Rheinland und Westfalen“.

#### Orts- und Regionalverbände.

**Bremen** (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung im Burghaus Gesellschaftshaus, Reffenstr.; jeden 1. und 8. Donnerstag im Monat Disfunktionsklub ebenda, pünktlich 8 1/2 Uhr abends. — **Leipzig** (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei H. H. Stein, Sandowstr. 42. — **Dresden**. Gewerbetreibenden-Liebesfest jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr Liebesfest. I. Vereinst. „Kafan“, Marktstr. — **Hamm** (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr Sitzung im Verbandshaus, Aufhäuserstr. 29. — **Eberfeld-Barmen** (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkammer. Eberfeld, Luisenstr. und Scholungstr. 44. — **Frankfurt a. M.** (Gewerbetreibenden-Liebesfest). Jeden Freitag von 8-10 Uhr Liebesfeste im Vereinslokal, Althofstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! — **Wiesbaden** (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Ortsverband-Vertreterversammlung im Verbandslokal von E. Simon, Alter Markt. — **Saarau u. Hagen**. Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Disfunktionsklub bei Ludewig. — **Halle a. S.** (Ortsverband). Der Disfunktionsabend findet jeden letzten Sonnabend im Monat im Passage-Restaurant, in der Großen Braubausstraße, statt. — **Hamburg** (Ortsverband). Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Wiedhof“, Bagertstraße 2. Disfunktionsabend. — **Hamburg** (Gewerbetreibenden-Liebesfest). Jeden Donnerstag Liebesfest. D. Ebdert in Altona, Eimsbüttlerstr. 48-50. — **Hannover-Linden und Umgegend** (Ortsverband). Monatsversammlung, am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats morg. 10 Uhr in Linden bei Herrn Stielmeier. — **Herne u. Westf.** (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterversammlung bei Wittor Wilh. Ruhe, Herne, gegenüber der evang. Kirche. — **Verden**. Disfunktionsabend jeden 2. Mittwoch bei Gilske. — **Leipzig** (Gewerbetreibenden-Liebesfest). Die Liebesfeste finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und

Bimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Wahlheim**: Nahe. Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 38. — **Stettin** (Sängerchor d. Gewerksvereine). Die Liebesfeste finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willk. — **Regel** (Disfunktionsklub für Regel, Vorkammler u. Reinhold). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8 10 Uhr bei Römer, Solleplatz 28, Ecke Schönebergstraße. — **Thora** (Näher). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Ricote, Mauerstr. 62. — **Weißenfels a. S.** (Gesangsabteilung der Gewerksvereine). Liebesfeste jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. — **Weißenfels** (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Disfunktionsklub in Hermanns Garten. — **Worms** (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 9 Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Reintal“.

#### Literatur.

Der „Arbeitsmarkt“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Arbeitssachverständiger (herausgegeben von dessen Geschäftsführer, Verlag von Georg Reimer, Berlin). Die als Organ des Verbandes Deutscher Arbeitssachverständiger erscheinende Zeitschrift enthält in ihrer Nr. 12, die als Verbandszeitschrift Nummer für den vom 19. bis 21. September in Hamburg stattfindenden 7. Arbeitssachverständigenkongress herausgegeben wurde, eine Reihe von hochinteressanten Artikeln, die sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen Hamburgs beschäftigen. Der weitere Inhalt des Heftes sind Aufsätze über Neuerungen in der inneren Einrichtung der öffentlichen Arbeitssachverständigen. Von F. Lauer-Freiburg i. Br. — Das neue städtische Arbeitsamt München. Von Oberinspektor Hartmann-München. — Zum gegenwärtigen Stand der Wanderarbeiterfürsorge. — Öffentliche Arbeitssachverständigen: — Ein für kommunalunterstützte Arbeitssachverständigen wichtiger Erlaß. — Ueberblick über die in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitssachverständigenstellen. — Beschäftigung der Bilanzlisten beim Dresdener Zentralarbeitsnachweis. — Prüfung der Anfängerinnenstellen für jugendliche Dienstboten in Charlottenburg. — Stellung des weipreussischen Städtetages zum Arbeitssachverständigenverband. — Lehrstellenvermittlung des jüd. Arbeitsamts Stuttgart. — Soziale Fürsorge: Die württembergischen Wanderarbeitsstätten in der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis 31. März 1912. — Deutsche Zentralstelle für jüdische Wanderarbeiterfürsorge. — Die Münchener Arbeitslosgeldzahlung in ihrer Bedeutung für die Arbeitslosgeldfürsorge im allgemeinen.

## Anzeigen-Teil

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Soziale Kommission der Deutschen Gewerksvereine Groß-Berlin.**  
Mittwoch, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr im großen Saale des Verbandshauses  
Greifswalder Straße 221-23

**Gr. öffentliche Versammlung**  
Tagesordnung:  
**Die gegenwärtige Teuerung!**  
Ursache — Wirkung — Abhilfe  
Referent Kollege R. Schumacher.  
In Anbetracht des hochwichtigen zeitgemäßen Themas ist ein Massenbesuch der Kollegen und deren Frauen unbedingt erforderlich.  
S. A.: G. Jordan.

**Soziale Kommission der Deutschen Gewerksvereine Gross-Berlin**  
Sonntag, d. 22. September 1912, abds. 6 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine Berlin NO 55, Greifswalder Str. 221 (grosser Saal)  
**Unterhaltungsabend**  
bestehend in  
deklamatorischen, musikalischen und Gesangs-Vorträgen.  
Im Anschluß hieran gemütliches Beisammensein und Tanz  
Eintrittskarten zu 80 Pf. inkl. Tanz sind in allen Bureaus und bei den Ortsvereinskassierern zu haben.  
Programm unentgeltlich an der Kontrolle.

**Fr. Stargard** (Ortsverband). Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen erhalten 0,50 Mk. bei dem Ortsverbandskassierer S. Herrmann, Markt 32.  
**Sera** (Ortsverband). Die Unterhaltung an durchreisende Gewerbetreibendenkollegen wird ausgegibt bei Frau Wagner, Sera, Bären-gasse 11.

**Kattowitz (D. Schl.)**. Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeld beim Kassierer, Kol. Georg Schmiere, Seelstr. 11 part. (Mittags 12-1, abends nach 6 Uhr).

**Köln** (Ortsverband). Alle durch- und zureisenden Kollegen erhalten 75 Pfg. Sozialunterstützung bei den Ortsvereinskassierern, für die fehlenden Beträge beim Ortsverbandskassierer E. Boldt, Schützenstraße 56 a. Dasselbe werden auch Karten für die Herberge verabfolgt. Bezirkslokal Gürte, Stevenstraße.

**Wanne** (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten auf dem Bureau der Bergarbeiter, Bahnhofstraße 207, eine Reiseunterstützung von 75 Pfg. Dasselbe Arbeitsnachweis.

**Zugendreier**. Das Ortsgeheim des Ortsvereins der Maschinenbauer an durchreisende Gewerbetreibendenkollegen wird ausgegibt beim Kassierer Hermann Wilmann, Wöhrthstr. 1, abends von 7-8 1/2 Uhr.

**Bremen**. Die Auszahlung der Reisegelder der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeitersekretariat Bremen, Doventorsteinweg 70, part.

**Senftenberg und Umgegend** (Ortsverband). Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen aller Berufe erhalten ein Ortsverbandsgeld von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Otto Kuhnke, in Jütendorf bei Senftenberg. Herberge zum Uebernachten im Restaurant zum „Waldhof“ in Senftenberg.

Im Buchverlag der „Hilfe“ erscheint im Oktober 1912 das  
**Taschenbuch**  
für die  
**Deutschen Gewerksvereine 1913.**  
Herausgegeben unter Redaktion des Verbandsvorsitzenden **Karl Goldschmidt** vom **Verband der Deutschen Gewerksvereine (D. G. V.)**  
Inhalt: Kalendarium, Aufsätze hervorragender Mitarbeiter, Notizblätter. Im ganzen 112 Seiten im Umschlag. Gutes Papier, vornehmer Druck, beste Ausstattung.

Der Selbstkostenpreis für die Herstellung dieses Taschenbuchs beträgt 10 Pfg. pro Stück. Für den gleichen Preis wird das Taschenbuch auch an unsere Ortsvereine abgegeben; alle Unkosten an Porto tragen die Besteller. Das Geld ist portofrei an unsere Verbandskassierer **Rudolf Klein**, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23 zu senden. Ausser dem Betrag von 10 Pfg. pro Stück für die ganze Stückzahl, also für 80 Stück 8 Mk., für 50 Stück 5 Mk., für 100 Stück 10 Mk., ist auf Postanweisung 5 Pfg. Abtraggebühren mitzubahlen und das Porto für die Zusendung der Taschenbücher hinzuzufügen. Dieses Porto beträgt 25 Pfg. für Pakete von 18-90 Stück in der 1. Zone (10 Meilen Umkreis von Berlin), für alle übrigen Zonen 50 Pfg.

Um diese Nebenkosten mit zu decken, verkaufen die Ortsvereine das Stück mit 15 Pfg. Bestellungen mit Einsendung des Betrages sind schon jetzt an uns zu richten, damit die Auflage rechtzeitig festgestellt werden kann.

Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (H.-D.)

I. A.: Neustadt, Verbandsekretär.  
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.